

Die Renaissance der Familienpolitik

„Die aktuelle Shell-Studie bringt es auf den Punkt. Mit einem wirklich glücklichen Leben verbinden Jugendliche in erster Linie Familie. Aber sie wissen auch ganz genau, dass es nicht einfach ist, Ausbildung, Beruf, Partnerschaft, Karriere und Kindererziehung unter einen Hut zu bringen. Die Folgen dieser Skepsis sind hohe Kinderlosigkeit und das Verschwinden der Mehrkindfamilie. Das heißt, Familie ist nach wie vor zeitgemäß, aber die Rahmenbedingungen, die wir als Gesellschaft Familien im 21. Jahrhundert zumuten, sind nicht mehr zeitgemäß.“ (V.d. Leyen)

Was sagt die Frau? Was hat sie für ein Problem?

1. Wirtschaft = Zumutung für jeden, der in ihr zurechtkommen muss und will.
2. Wer *trotzdem* Kinder bekommt, auf den wartet das „Armutrisiko Kind“.

Das ist so und soll so bleiben.

3. *Aber*: Schwierigkeiten der *Familie* sind ein Problem für den *Staat*:

Dem macht „hohe Kinderlosigkeit“ Probleme. Ihm passt es nicht, dass deutsche Eltern immer weniger Kinder in die Welt setzen: „Fallende Geburtenraten“ werden beklagt.

Die Familienministerin trägt diese *staatliche* Sorge über „hohe Kinderlosigkeit“ als Problem vor, das *Familien* hätten, weil *sie* eigentlich gerne Kinder hätten, aber diese einfach nicht zu den sonstigen Lebensumständen passen, mit denen sie zurechtkommen müssen, zu den Zielen, die *sie* sich gesetzt haben.

Sie will *Familien* dabei helfen, wieder mehr Kinder zu bekommen. Und die Erfüllung von *deren* „*eigentlichen*“ Glücksvorstellungen soll zugleich das *staatliche* Interesse an mehr deutschem Nachwuchs befriedigen.

Das ist das aktuelle Programm der Familienpolitik: „Hilfen“ für Familien, damit die Geburtenrate wieder steigt. Um die Kritik an diesem Programm soll es im Folgenden gehen.

In folgenden Schritten:

I. Warum will, wozu benötigt der Staat mehr Nachwuchs?

Die Geburtenrate sinkt: Was ist daran schlimm? Warum, für wen, für welches staatliche Interesse ist es ein Mangel, wenn weniger deutsche Kinder auf die Welt kommen?

II. Die Befriedigung des *staatlichen* Bedarfs an Nachwuchs soll die *Institution Familie* erbringen:

Sie ist nach wie vor die maßgebliche gesellschaftliche Einrichtung, in der Kinder nicht nur hineingeboren werden, sondern wo auch um sie gesorgt wird und werden soll: Nämlich so, dass sie den Anforderungen gewachsen sind, die „die Welt“, in die sie hineinwachsen, an sie stellt.

Frage also: Was ist das für ein Institut? Warum, so welchem Zweck stellt der Staat schon in der Verfassung Ehe und Familie unter seinen besonderen Schutz? Und was hat man davon, wenn man als Familie so staatlich geschützt wird?

III. Welche Maßnahmen sieht die Politik vor, um dem Kinderwunsch auf die Sprünge zu helfen?

Was sollen die eigentlich genau bewirken? Und was erfährt man aus den Maßnahmen über das „Umfeld“, für das und in das hinein Kinder gesetzt werden sollen, in dem und für das sie gesellschaftstauglich heranwachsen sollen? Anders gefragt: Woran liegt es denn, dass es in dieser unserer Gesellschaft offenbar so schwierig ist, aus den kleinen Wesen gesunde, fröhliche, selbstbewusste, kenntnisreiche Erwachsene werden zu lassen? Wo doch schließlich Eltern bestimmt die ersten sind, die es gerne hätten, dass ihre Kinder so werden...

IV. Die Familienpolitik wird begleitet von einer Debatte über das zeitgemäße Familienbild:

Ein katholischer Bischof wirft Frau Leyen vor, aus Frauen „Gebärmaschinen“ machen zu wollen; ihm wird umgekehrt vorgeworfen, an einem antiquierten Frauen- und Familienbild festzuhalten. Worum

geht's in diesem Streit?

I. Die Ziele der Familienpolitik heißen: 1. genug Kinder, und zwar 2. die richtigen.

1. Die Geburtenrate sinkt, die Deutschen sterben aus.

1.1. Was ist das Problem?

1.1.1. Die offizielle Bebilderung: Der Rentnerberg pro Kind wächst, Renten werden unbezahlbar.

Was unterstellt dieses Bild eigentlich? Was ist der Unsinn daran? (Argumente dazu im GGst-Artikel „Der Staat kauft sich Kinder“).

1.1.2. Die Wahrheit an dem Bild: Volk als *Funktion für staatliche Aufträge*.

- Der Staat richtet das Verhältnis Lohn – Rente *als* Haftungsverhältnis der Generationen ein: Dann hat die nötige Zahl Lohnempfänger aber auch geboren zu werden, um dies Haftungsverhältnis wahr werden zu lassen.

1.1.3. Darin erkennbar das staatliche Interesse am Volk als *Ressource*: Leute, die als stets nachwachsende *Quantität* für alle möglichen Aufträge und Funktionen bereit stehen, die der Staat für sie vorgesehen hat.

1.1.4. Welche das sind, ist andererseits kein Rätsel:

- Arbeitkräftereservoir
- Armee
- Produzenten abermals neuen Nachwuchses.

1.2. Ginge es allerdings bloß um genügend *Leute*, wäre kein Mangel in Sicht. Kommt einem ja so gesehen absurd vor: In anderen Teilen der Welt wird *Überbevölkerung* bilanziert, da sind die Leute zu viel. Und selbst in Deutschland gibt es Millionen Arbeitslose, die nachwachsende Jugend findet keine Lehrstellen – da soll fehlender Nachwuchs ein *Problem* sein? Staatliche Bevölkerungspolitik rechnet anders; in doppelter Hinsicht rassistisch:

1.2.1. Der Nachwuchs soll *eigen, deutsch* sein. Hineingeboren werden in den staatlichen Zwangsverband *als* sittliche Gemeinschaft: Das ist die Qualität am Nachwuchs, die der Staat will, damit er richtiges, echtes Volk ist. (Selbst nach 3 Generationen gilt „Migrationshintergrund“ bei Kindern als besondere Eigenschaft, auf die aufgepasst werden muss: Sind das wirklich „unsere“?)

1.2.2. Als solcher gar nicht berechnet auf *bestimmte Funktion*, deswegen geht Verweis auf aktuellen Stand des Arbeitsmarktes an der Sache vorbei. Volk soll *da* sein und für die Zwecke des *deutschen* Staates *unbedingt verfügbar* sein. Macht sich vom aktuellen Bedarf des Kapitals in der Frage nicht abhängig; vergleicht sich vielmehr in dieser Frage mit *anderen Völkern* (China!), die wachsen und darin über *Potenz* verfügen (Bild *dafür*: Sitze im Europarat... Wie steht Deutschland bevölkerungsmäßig in der europäischen Konkurrenz da? Schlecht!)

2. In diesem Rassismus: Viele, ganz deutsche Kinder Übergang zum 2. Mangel: Die richtigen Kinder sollen es sein:

2.1. „Richtig“ heißt: Solche, die von ihrer Herkunft und den Bedingungen ihres Aufwachsens her Gewähr dafür bieten, dass sie sich in der Welt der kapitalistischen Konkurrenz bewähren.

Doppelte Auskunft:

2.1.1. In dieser Welt leben, seinen Unterhalt sicherstellen, zurechtkommen – keine Selbstverständlichkeit, vielmehr eine einzige Ansammlung von *Zumutungen* an Willen und Können der Leute, die *sie* zu bewältigen haben. Die werden nicht verschwiegen (Zitate)!

2.1.2. Wie weit man es dabei bringt, ob man das überhaupt schafft, ist *abhängig* gemacht von der materiellen Lage der privaten Lebensgemeinschaft, in die man hineingeboren wird (dazu gibt's aktuelle Zitatmaterial jede Menge, wird nichts verschwiegen: Armut der Eltern ist Armutsrisiko der Kinder, Unterschicht bleibt Unterschicht usw.). Das *ist* so; kein Skandal, sondern gesellschaftliche „Tatsache“, auf die sich die politische Gewalt *bezieht*, wenn sie über Nachwuchsproduktion und –förderung nachdenkt.

Erstes staatliches Bekenntnis zur Klassengesellschaft: Sub specie dessen, was die in ihrer zwar nicht gott-, aber kapitalgewollten Hierarchie von Einkommen und Lebensbedingungen für *seinen* Wunsch nach mehr Kindern zu bieten hat.

2.2. „Richtige“ Kinder – das heißt für den Staat deshalb: Kinder *von den richtigen Eltern*. Weil *die* sich in der Konkurrenz danach sortieren, wozu sie es bringen (Rückbezug auf das Einstiegszitat), muss die Familienpolitik sich auch überlegen, *bei wem* sie speziell den Kinderwunsch fördern will. Staat richtet seinen Blick auf die Art und Weise, wie sich die Gesellschaft nach Lebenschancen sortiert, und wird wählerisch. Er kennt *Gesichtspunkte* dafür, *von wem* er sich mehr Kinder wünscht, bei wem seine Familienpolitiker eher abraten würden.

Im staatlichen Interesse an „richtigen“ Kindern (Zitat sinngemäß: Gerade die, von denen er sie am liebsten hätte, zeigen sich wenig gebärfreudig) also durchaus eine Relativierung von Pkt 1.

2.3. Auch das wird nicht verschwiegen: Dass diese „Lage“ das *Werk* der staatlichen Gewalt ist:

2.3.1. Standort- und Verarmungspolitik tun das Ihre dazu, dass Kinder ein „Armutsrisiko“ sind – und zwar eben nicht bloß für die „Unterschicht“. (Nicht bloß absolute Lohnhöhe. Sondern: Arbeitszeiten, Anforderungen in Sachen Aus- und Weiterbildung, Mobilitätsanforderungen... Allseitige Verfügbarkeit der Arbeitskraft beißt sich mit allen Anforderungen halbwegs geregelter Aufzucht von Kindern).

2.3.2. Entsprechend gewachsen sind die *Anforderungen*, die an die nach- und heranwachsende Jugend gestellt werden und zu deren Bewältigung ihre Erziehungsberechtigten sie befähigen sollen – wozu die also auch Zeit und Geld benötigen, die sie nicht haben.

2.3.3. Keine Kunst für die politische Gewalt also, festzustellen, dass Familien *diesen* Anforderungen *nicht* gewachsen sind. Er selbst halst sie ihnen auf und beschränkt zugleich die Mittel, die sie für deren Bewältigung haben.

3. Dass genau deswegen auch immerzu jede Menge falscher Kinder auf die Welt kommen, wird überhaupt nicht verschwiegen, sondern in aller Brutalität ausgesprochen:

Auch das ist dann eine Abteilung Familienpolitik: Wie ist mit denen zu verfahren, die in Familien auf die Welt kommen, die diesen hohen Anforderungen *einfach nicht gewachsen sind*? In Ausgangspunkt gleich klar: Hier liegt nicht Systemnotwendigkeit, sondern *Versagen* vor:

3.1. Der Familien, die nicht bringen, was sie sollen

3.2. Des Staates, der sie nicht genug gängelt, kontrolliert...

II. Die Familie: Staatlicher Zwangsverband in eindeutiger Absicht

1. Die Familie ist die maßgebliche gesellschaftliche Einrichtung, in die Kinder hineingeboren werden, wo sie in den ersten Jahren aufwachsen und dabei lernen, sich in der Welt zurechtzufinden.

1.1. Das Bedürfnis nach privater Lebensgemeinschaft findet der Staat vor; Kinder stellen sich ein (oder auch nicht); der Nachwuchs wird dann nach bestem Wissen von den liebenden Eltern ernährt und

erzogen, was denn sonst. *Dazu* muss der Staat niemanden *zwingen*, das liegt ihm auch wirklich fern. Allerdings: Kaum hat man sich zusammengetan, geht man, ob man will oder nicht, lauter staatlich, per Recht und Gesetz definierte *Verpflichtungsverhältnisse* ein, denen man sich nicht entziehen kann. Das gibt zu denken.

1.2. Staat *macht* aus dem *freiwilligen Bedürfnis*, für einander zu sorgen, weil man sich mag, ein Zwangsverhältnis: Unterhaltspflicht. Die macht sich ab sofort weder vom Wollen noch von Können der Beteiligten abhängig. Staat verwandelt *sein* Interesse an einem funktionierenden Reproduktionsverband der Beteiligten (nicht zuletzt: *Ersatz* für sozialstaatliche Aufwendungen!) in Rechtsansprüche der Beteiligten gegeneinander. Sie haben mit dem gemeinsam Verdienten auszukommen, und wenn das nicht gelingt, dürfen sie dies gegeneinander vor Gericht austragen. Toller „Schutz“! Unterstellt lauter Gründe dafür, dass das eingangs vorhandene Interesse *entfällt*, und stellt klar: Davon hat wegen des staatlichen Interesses, dass Repro „klappt“, nichts abzuhängen. Wie die Leute zu ihrem Geld kommen, ob und wofür es reicht, geht den Staat nichts an – Sache der *privaten Konkurrenz* um die Jobangebote des Kapitals. Wofür sie das Geld *ausgeben*, schon keine Privatsache mehr, sondern Funktion für *sein* Institut namens Familie.

Zweites Bekenntnis des Staates zur Klassengesellschaft: Die *private Bewältigung* der vom Kapital produzierten Lebenslagen ist – neben dem Dienst der eigenen Arbeitskraft am Kapitalwachstum – die Dienstleistung, die der Staat der Familie aufherrscht und wofür er die Leute mit *ihrem* Willen zum privaten Zusammensein in die Pflicht nimmt.

1.2. Ebenso überantwortet der Staat die Aufzucht seines Nachwuchses an die Familie. Schon *bevor* das Kind auf die Welt kommt, ist es keine Privatsache zwischen Mann und Frau, sondern Staatsaffäre (§218 etc.) Wenn es da ist, knüpfen der Staat daran lauter Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern, angefangen von dem, welches Eltern- Kindverhältnis rechtlich überhaupt vorliegt, bis hin zur Fürsorgepflicht in allen Abteilungen. (Material uferlos, muss man sich was aussuchen). Anforderung noch ganz anderer Qualität:

1.3. „Verantwortung“. Gut gesagt. Wofür alles: Physis, Gemüt, Verstand des Kindes passend herrichten. Sind nämlich alles Konkurrenzmittel!

2. Diese Leistung erbringt die Familie in ihrer Eigenschaft als *sittlicher Verband*:

2.1. Als Ort, wo Kinder die Grundprinzipien des gesellschaftlich gültigen Anstands sowie die erlaubten wie gebotenen Konkurrenztechniken lernen (sollen), die ihre Grundausstattung für den späteren Kampf ums Dasein darstellen. Der Staat ist eben nicht nur daran interessiert, *dass* Kinder auf die Welt kommen, sondern an deren *Funktionstüchtigkeit*: Als prospektive Arbeitnehmer für seine Konkurrenzgesellschaft, als mündige Bürger für seinen Staatsverband und alle Aufträge, die er in dieser Hinsicht für sie in petto hat.

2.2. *Wie* sie ihre Kinder in dieser Hinsicht erziehen, ist *zunächst einmal* Sache der Eltern. Der Staat geht davon aus, dass die wegen ihres *privaten* Interesses am Kind (das soll zurecht kommen in der Schule und in der Welt voran kommen, etc.) mit ihren Erziehungsbemühungen schon nichts prinzipiell in Sachen Moral, Unterwerfung etc .verkehrt machen.

2.3. Auch mit diesem Auftrag lässt der Staat seine privaten Glückssucher allerdings nicht allein: Aufsicht, Kontrolle, jede Menge geistig-moralischer Bearbeitung findet ununterbrochen nur zu dem Zwecke statt, die Identität herzustellen zwischen dem, was in den privaten vier Wänden so an Kinderaufzucht stattfindet, und den staatlichen Ansprüchen daran, was die Keimzelle in materieller und geistig-moralischer Hinsicht zu leisten hat. *Wie* die Familie ihren Dienst am staatlichen Interesse an brauchbarem Nachwuchs tut, ist eben doch keine Privatsache: Sie ist eine Frage ihres *Ethos*, ihrer sittlichen Verfasstheit; und deswegen eine öffentliche Angelegenheit höchsten Ranges.

2.4. Deswegen gehört zur Familienpolitik die *Debatte um das zeitgemäße Familienbild* untrennbar dazu. Unaufhörlich wird die Frage öffentlich erörtert, *wie* soll denn der Wille zur Familie / zum Kind aussehen und sich betätigen soll, damit er die Leistungen bringt, die das Gemeinwesen von ihr

erwartet. In dieser Debatte spielt die materielle Ausstattung der Familien, ihr Umfang und die staatlichen Methoden zu ihrer Aufbesserung, eine Rolle als *eine Bedingung* für's gute Familie-Machen und deshalb (!) als staatlicher, mehr oder weniger wirkungsvoller *Hebel*, um Beides: Kinder überhaupt und deren gesellschaftsnützliche Aufzucht, herbeizuregieren und zu –manipulieren. Und offenbar findet keiner etwas dabei, wie in dieser Debatte die „Vorbereitung“ der lieben Kleinen auf ihr „Leben“ so umstandlos in eins gesetzt wird mit der Erziehung zum selbstbewussten Sich-Einsortieren in die Zwänge, die Arbeitsmarkt und Politik vorgeben.

3. Der Staat *instrumentalisiert* also die Zuneigung von Paaren für einander und zu ihren Kindern für ein ganz anderes Programm: In ihre *Privatverantwortung* ist gelegt, wie es um seine Grundausrüstung mit Volk bestellt ist.

Alle *Nöte*, mit denen die Familie sich rumzuschlagen hat, sind durch die *Anforderungen* produziert, die der Staat an sie in dieser Hinsicht stellt. Die bekommen den Familien nämlich ziemlich schlecht:

3.1. Mit welcher Ausstattung an Finanzen, Zeit, Bildung etc. die Familien diesen Auftrag erfüllen, geht die Staatsgewalt nämlich freundlicherweise nichts an.

3.2. Dann aber doch: Dass Familien an diesem Auftrag massenhaft *scheitern*, ergibt sich überhaupt der Bedarf an Familienpolitik: Kompensation, Förderung, moralische Betreuung, Kontrolle. Drittes Bekenntnis zur Klassengesellschaft: Nöte nicht bekämpfen, sondern bewältigbar machen.

4. Fazit an diesem Punkt: Was der Staat im GG unter seinen „besonderen Schutz“ stellt, ist nicht das *private Interesse* derjenigen, die mit oder ohne Trauschein zusammenleben und zurechtkommen wollen:

4.1. Was der Staat schützt, ist das von ihm selbst in die Welt gesetzte *Rechtsinstitut* namens Familie: Also die Verpflichtungsverhältnisse, die er den Paaren auflagt und für die er sie wechselseitig und gegenüber ihren Kindern haftbar macht.

4.2. Weil der Staat damit den Leuten lauter Zumutungen und Verantwortungen aufbürdet, die diese mit Notwendigkeit nicht bewältigen, kennt er den Gesichtspunkt der Hilfe:

4.2.1. Der nimmt nichts von den Zumutungen zurück – sondern unterstützt die Leute in dem Willen, sie auf sich zu nehmen und zu bewältigen.

4.2.2. Denn es bleibt ja dabei: Es ist die *private*, aus Neigung und subjektiver Lebensberechnung entspringende Entscheidung der Leute, ob sie Kinder wollen oder nicht und wie sie sie dann aufziehen. Wenn der Staat die Leute also dazu bewegen will, sein Interesse an 1. genug und 2. brauchbarem Nachwuchs zu befriedigen, kommt er nicht umhin, diesen Neigungen und Berechnungen ein Stück weit Recht zu geben, um *sein Interesse in sie einzubauen*.

4. 3. Insofern ist die Sache mit der staatlichen „Hilfe“ an dieser Stelle ernst gemeint und ernst zu nehmen: Wenn der Staat den Willen zum Kind *positiv* beeinflussen will, kommt er nicht umhin, den Leuten Gründe dafür zu liefern, *aus nicht nur freien, sondern auch noch ganz privaten Stücken zu wollen*, was sie sollen.

III. Familienpolitik heute: Elterngeld, Kinderkrippen und mehr Kontrolle über die „Versagerfamilien“

Aus der Mängellage in Sachen Kinder machen moderne Familienpolitiker deshalb keinen Vorwurf an die Familien, sondern an *sich*. Wenn Familien nicht können oder wollen, wie sie sollten, dann liegt dies an falscher, mangelhafter *Familienpolitik*. Politik und Gesellschaft, so die Diagnose, schaffen nicht das notwendige „Umfeld“, unter dem Kinder zu bekommen und großzuziehen Familien erstrebenswert erscheint. Die *Gründe* dafür, dass Familien den Anforderungen *nicht* gewachsen sind, die sie heutzutage zu erbringen hätten, kommen dabei ausgiebig zur Sprache – dass es „nicht leicht

ist“, mit Hartz IV ein intaktes Familienleben zu organisieren, kann noch jeder Journalist her sagen. Und im Unterschied zu anderen Abteilungen der Sozialpolitik, wo der Staat heutzutage das Zahlen von Geld als einen einzigen *Hinderungsgrund* für die Arbeitswilligkeit von armen Leuten entdeckt, kommt der Staat hier glatt auf *Geld* als *Hebel* fürs Kinderkriegen. Auf dem Programm steht allerdings nicht die Rücknahme von Hartz IV, sondern Elterngeld und Kinderkrippen.

1. Elterngeld

1.1. Staatshänger geben offen zu, dass Kinder ein „Armutrisiko“ sind. Das *ist* so und soll so bleiben. Was der Geldmangel „verhindert“, ist allerdings dann je nach Geldbeutel doch etwas unterschiedlich: Die einen kommen gar nicht mehr zurecht, die anderen kalkulieren Job und Kind als *Alternative*.

1.2. Das will der Staat ausdrücklich nicht mehr „mit der Gießkanne“ kompensieren:

Kompensation soll Gebärfreudigkeit insbesondere bei denen herbei regieren, denen der Staat es am ehesten zutraut, seine Ansprüche an die ordentliche Aufzucht von Staatsbürgernachwuchs zu erfüllen. Kinder kosten nicht nur; sie gehen auch auf Kosten jeder Berufskalkulation (von Frauen). Die neue Elterngeldkonstruktion geht wie selbstverständlich davon aus, dass „moderne“ Familien von einem Einkommen nicht leben können; zugleich alimentiert sie diese Familien ausdrücklich so, dass auch und gerade die vergleichsweise Besserverdienenden von ihr profitieren sollen.

1.3. In deren Nachwuchs sieht die heutige Familienpolitik die Zukunft Deutschlands am besten gewährleistet (vgl. das einschlägige Zitat im Artikel). Die Politik befließt sich also beim Fördern von Familien einer etwas neuartigen Sortierung. Der Staat stellt Verarmung in Rechnung – und macht ihre Wirkungen zur Grundlage neuartiger Berechnungen in der Frage, *von wem* er gerne Kinder hätte.

2. Der Krippenplatz als Rechtsanspruch

2.1. Ausgangspunkt: Frauen sind fester Bestandteil der vom Kapital beanspruchten industriellen Reservearmee. Familie „geht“ heutzutage so, dass die Anforderungen der Reproduktion wie selbstverständlich zwei Einkommen unterstellen, wenn man überhaupt ein halbwegs „normales“ Leben führen, also nicht gleich unter die „Armutsschwelle“ abrutschen will (SZ-Zitat).

2.2. Auch das soll so bleiben. Wenn Familien also neben ihrem Doppeldienst am Wachstum auch noch den erbringen sollen, für Staatsbürgernachwuchs zu sorgen, muss die Familienpolitik sich etwas einfallen lassen – und tut das glatt.

2.3. Das kostet Geld. Aber in *diesem* Fall, so die Familienministerin, darf das staatliche Sparargument nicht ziehen. Hier handelt es sich nämlich nicht um eine der sonstigen Sozialmaßnahmen, die nach allgemeinem Einverständnis gesenkt gehören, um Arbeitswilligkeit und –billigkeit standortpolitisch zu befördern. Hier handelt es sich um einen Dienst des Staates *an sich selbst* in seiner Eigenschaft als Hüter des Volknachwuchses. Das Argument ist von der Politik im Prinzip unterschrieben; die Finanzierungsdebatte geht ihren Gang.

3. Verwahrlosung kontrollieren

3.1. An Kompensation, gar Revision der Wirkungen, die der Staat mit Hartz IV am Einkommen des Proletariats vollzogen hat, und die diese auch in ihrer Eigenschaft *als* Familien trifft, ist nicht gedacht. Deshalb fällt Politikern am Ende noch eine Abteilung ihres Nachwuchses ein: Diejenigen, die in der staatlich erzwungenen Obhut von Elendsexistenzen *nur noch* verwahrlosen. Auch ein interessanter Befund: Er verweist nämlich auf die *Rücksichtslosigkeit*, mit der der Staat darauf beharrt, dass Familien auch und gerade in schweren Zeiten ihre Dienste *an ihm* zu erbringen haben.

3.2. Für den „Rest“ seiner Familien hat der Staat deshalb auch ein Programm. Da heißt seine Diagnose: „Die Familie *versagt*“. Null Kritik an der Zumutung, ohne Mittel Kinder irgendwie über die

Runden bringen zu müssen. Vielmehr dürfen diejenigen, die *das* endgültig nicht mehr schaffen, den Staat von einer anderen Seite kennen lernen: Als Kontrollinstanz, die nachschaut, wie weit Elend, Gewalt und physische Zerstörung schon gediehen sind und ob man die Kinder deshalb nicht in die alternative Trostlosigkeit einer staatlichen Heims verfrachten müsse. In diesem Sinne gibt's nicht mehr Geld für arme Familien, aber Reihenuntersuchungen, die kein Kind gesund machen, und eventuell neue Planstellen für Sozialhelfer, wenn das kommunale Budget ausreicht.

IV. Der Streit ums Familienbild

Die Politik will prospektive Eltern dahin manipulieren, dass sie aus freien Stücken und ganz wegen *ihrer* Interesses am privaten Lebensglück dem *Staat* einen *Dienst* erweisen. Mit Elterngeld und Kinderkrippen will die Familienpolitik deshalb auch nicht nur andere *finanzielle Berechnungen* von Familien herbeiregieren. Sie begründet ihre Maßnahmen auch mit dem *sittlichen Auftrag*, den Familien zu erfüllen haben und dem sie unter gegebenen Umständen nicht nachkommen könnten. Damit bricht sie eine Debatte um das richtige Familienbild vom Zaun. Moralisten aller Couleur verbreiten sich darüber, *welcher Art* denn die Familie sein soll, die *als* sittliche Gemeinschaft den Anforderungen gesellschaftsgemäßer Kinderaufzucht „unter heutigen Bedingungen“ gewachsen sein kann.

1. Die Debatte:

1.1. Die konservative Fraktion entdeckt an der neuen Familienpolitik eine Unterstützung und Förderung des *berechnenden* Moments an der Kalkulation, *wie teuer* einen Kinder kommen und ob man sie *trotzdem* will. Mixa und Co. beharren darauf, dass Kinderkriegen ein *ethisches Anliegen* zu sein und zu bleiben hat, das die finanziellen Härten um der Familie willen auf sich nimmt. Das drücken die Vertreter dieser Front selbstverständlich nicht als *Anforderung* aus, sondern als Parteinahme *erstens* für den wahren Wert der Frau (und gegen Kinderkriegen als Tauschgeschäft zwischen Staat und seinen „Gebärmaschinen“), *zweitens* für die „natürlichen“ Bedürfnisse der Kinder, und – welche wundersame Fügung! – deshalb *drittens* dann auch noch für exakt die Sorte Charakterbildung in der Gemeinschaft, die der Staat bei seinem Nachwuchs braucht.

1.2. Von der Leyen und Co. halten dagegen mit dem Verweis auf die Realität der „modernen“ Sittlichkeit: Seht sie doch an, die braven Familien, die schaffen es auch so und aus ihren Kindern wird auch was! Sie argumentieren mit dem elementaren sittlichen Argument, das da heißt: Das ist nicht mehr Sitte, die modernen Sitten erledigen doch den staatlichen Auftrag. Und den Leuten von Staats wegen eine „lebensferne“ Familienrealität aufzudrücken kann ja wohl nicht der Auftrag einer Familienpolitik sein, die den freien Willen der Privaten doch für ihr Anliegen nutzen muss, also auch will. Damit wird nicht einer opportunistischen Nachgiebigkeit gegen die modernen Bräuche das Wort geredet; vielmehr für einen, neuen, zukunftsweisenden Weg Partei ergriffen, mit dem der Staat zu Seinem kommt.

2. In ihrem Streit sind sich die Diskutanten im Grundsatz völlig einig:

2.1. Erstens im *Manipulationsideal*, das die ganze Familienpolitik bestimmt: Die hat dafür zu sorgen, dass in den Familien der richtige Anstand auf die Welt kommt und seine staatserhaltende Wirkung tut. Unter dieser Zwecksetzung kann man sich trefflich darüber streiten, wie viel Realismus – also auch materielle Anreize – Werte brauchen, die praktikierbar sein sollen; und wie viel Werte sein müssen, damit der Materialismus privater Lebensentwürfe nicht das staatliche Anliegen konterkarieren? Dass es bei „Hilfen“ für Familien um gar nichts anderes geht als darum, wie der staatliche Wunsch nach gutem Nachwuchs zusammengebracht werden soll mit den privaten Notwendigkeiten, Berechnungen und Moralvorstellungen von Familien in ihrem Umgang mit Kindern: Das steht ohne Frage fest. In dieser Debatte erscheint dann schon einmal eine Kinderkrippe etwas verfremdet: Nicht als schlichter Notbehelf für Frauen, die Kinder und Job unter einen Hut bringen müssen, sondern entweder als halbes Zwangsinstitut, das Frauen vom rechten Wege der Mutterschaft abbringen soll; oder umgekehrt

als probate Gelegenheit, um Kinder dem verwahrlosenden Einfluss ihrer Eltern zu entziehen und ihnen Deutsch beizubringen.

2.2. Denn das wissen auch Frau von der Leyen und Konsorten: *Wegen* der staatlich erwünschten Geburtenrate setzt niemand ein Kind in die Welt; und eben so wenig fällt das, was Eltern unternehmen wollen und können, um ihren Kindern „das Beste zu bieten“, zusammen mit staatlich gehegten Vorstellungen über die rechte physische wie geistige Ausstattung derer, die als künftige Staatsbürger und Arbeitsplatzinhaber ihren Platz in dieser Gesellschaft finden sollen. Noch jeder öffentliche Diskutant kann den Spruch hersagen, dass man mit Kinderkrippen natürlich keine Kinderproduktion erzwingen kann – egal, ob man das überhaupt für sittlich wünschenswert hält oder nicht. Dummerweise ist und bleibt es eben eine Frage der der privaten *Einstellung* zu dem, wie man Familie machen will, ob und wie sich Familien als subjektive „Träger“ des staatlichen Interesses an Nachwuchs auführen. Eben deshalb gehört sich dauernd am „Leitbild Familie“ öffentlich herum definiert: Damit jeder mit bekommt: Bei Kindern handelt es sich nicht bloß um Stück privater Lebensfreude für Eltern, sondern um ein hohes Gut der Nation.